

Lifestyle-Politik und engagierte Bürgerschaft

Demokratiethoretische Herausforderungen für Politische Bildung

von *Benedikt Widmaier*



Benedikt Widmaier, Direktor der Akademie für politische und soziale Bildung der Diözese Mainz „Haus am Maiberg“, stellv. Landesvorsitzender der DVPB Hessen.

Die Politikwissenschaft ist für die Politische Bildung die herausragende Bezugswissenschaft. Beide haben in der Nachkriegszeit gemeinsame Wurzeln und hatten als „Demokratiewissenschaften“ lange Zeit ein gemeinsames Leitbild. Spätestens in den 80er-Jahren hat sich die Politikwissenschaft jedoch von der Politischen Bildung abgewandt, um sich stärker als eigene forschungsorientierte Wissenschaft zu profilieren (Claußen/Noll 1989). Überraschend scheint nun aber eine nicht nur als „Demokratiewissenschaft im Sinne einer Erziehung zur Demokratie“ (Gerlach u.a. 2010, S. 9f) verstandene Politikwissenschaft eine verhaltene Renaissance zu erleben.

Diesen aktuellen Trend markiert etwa der Festvortrag zum 60-jährigen Bestehen der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft mit dem Titel „Die Rückkehr der Demokratiefrage. Perspektiven demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft“. Michael Zürn zeigt dort an zahlreichen Beispielen, dass „die Frage (...), mittels welcher institutioneller Verfahren eigentlich das demokratische Prinzip am besten verwirklicht werden kann“, wieder verstärkt im Blickfeld der Politikwissenschaft ist (Zürn 2011, S. 65).

Die Indizienkette für eine Renaissance der Demokratiefrage könnte beliebig fortgesetzt werden. Indes sollen im Folgenden einige wichtige Diskussionsstränge dieser durchaus disparaten Diskussion aufgegriffen werden. Am Ende wird dann danach zu fragen sein, welche Bedeutung die aktuellen demokratiethoretischen Debatten für die Politische Bildung haben könnten.

Gesellschaftliches Engagement statt aktiver Bürgerschaft?

In der Partizipationsdebatte nicht ganz neu ist das „Phantom Bürgergesellschaft“ (Thomas Leif). Dort werden die Begriffe Bürger- und Zivilgesellschaft inzwischen weitgehend synonym gebraucht (Klein 2011), obwohl die Rolle der Zivilgesellschaft als Macht ausbalancierende Öffentlichkeit ursprünglich – etwa in Jürgen Habermas Demokratie-theorie – anders verstanden worden ist.

Als bürgerschaftliches Engagement werden heute alle Formen gemeinschaftsorientierter gesellschaftlicher Teilnahme bezeichnet, von der Nachbarschaftshilfe, über die Mitgliedschaft in einem Sportverein bis hin zur Mitglied-

schaft in einer politischen Partei (Olk/Hartnuß 2011; Roth 2011). Am Beginn der ausgesprochen lebhaften neuen Bürgerschaftsdebatte stand eine eigene „Enquetekommission bürgerschaftliches Engagement“ (2002), aus der sich u.a. das „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ und inzwischen ein eigenständiger Politikbereich „Engagementpolitik“ mit einem eigenen Unterausschuss im Deutschen Bundestag entwickelte. Unlängst wurde der dritte so genannte Freiwilligensurvey vorgelegt, der inzwischen durch die Engagementberichte und eine Engagementstrategie der Bundesregierung ergänzt wurde. In diesem Kontext hat sich ein Kreis (engagement)politisch aktiver Wissenschaftler gebildet (u.a. Klein, Olk, Hartnuß, Roth, Evers u.a.). Dieser wie auch die gesamte engagementpolitische Offensive erfährt große Unterstützung durch die großen Stiftungen (etwa: Bertelsmann- und Körber-Stiftung, Generali, Robert Bosch Stiftung u.a.). Engagement zu unterstützen erfreut sich im Feld der inzwischen so genannten Corporate Citizenship großer Beliebtheit.

Die Kritik an dieser Entwicklung richtet sich vor allem gegen die zunehmende Entpolitisierung des Engagementbegriffs (Widmaier 2010). Am deutlichsten kommt diese Entpolitisierung in dem „Engagementbericht“ der Bundesregierung aus dem Jahr 2009 zum Ausdruck. Dort wird vorgeschlagen, den Begriff des bürgerschaftlichen Engagements aus seiner engen Bindung an die Idee der politischen Partizipation, der Demokratiewahrnehmung und Demokratiestärkung zu lösen. Eine solche Einführung bilde „unter dem Gesichtspunkt (...), dass durch das alltägliche Engagement bestimmte wohlfahrtsstaatliche Produkte und Leistungen erbracht werden“, nicht mehr die ganze Bandbreite ab (BMFSFJ 2009, S. 11). Stattdessen wird dort vorgeschlagen, in Zukunft von „Zivilengagement“ zu sprechen. Dass aus Kreisen der sozialwissenschaftlichen Partizipationsforschung umgehend harte Kritik an dieser Entpolitisierung des Partizipationsbegriffs kam, ist nicht erstaunlich (vgl. z.B. Klages 2009).

Partizipations- und Gerechtigkeitslücke

Die politikwissenschaftliche Partizipationsforschung hat zahlreiche Faktoren herausgearbeitet, die erklären, warum Menschen politisch aktiv werden. (Steinbrecher 2009, S. 56–92). Immer wieder weist diese Forschung aus, dass einerseits zwischen dem Wunsch mitreden, mittun und mitentscheiden zu wollen und andererseits der Realität, es tatsächlich zu tun, eine wachsende (Plausibilitäts-)Lücke klafft. Helmut Klages hat dies als Phänomen des „blockierten Menschen“ beschrieben (Klages 2009).

Hier ist nicht der Platz, um alle anthropologischen, gesellschaftlichen oder politischen Gründe aufzuführen, die zu solchen Blockaden führen. Aus der Forschung wissen wir jedenfalls, dass die so genannte „internal efficacy“ – die selbstbewusste Überzeugung, eigene politische Selbstwirksamkeit haben zu können – und „external efficacy“ – die Überzeugung/Erfahrung, dass Politik bzw. politische Systeme beeinflusst werden können – wichtige Antriebsmomente für die eigene ggf. anlass- und aktionsorientierte Partizipation sind. Demnach sind Bildung, Empowerment, die Überwindung eigener Machtlosigkeit und Selbstermächtigung wichtige Grundlagen für partizipationsorientiertes Verhalten.

Bei einer großen Zahl von Bürgerinnen und Bürgern kann jedoch nicht von solchen Dispositionen ausgegangen werden, und so wurde in jüngster Zeit darauf hingewiesen, dass der Rückgang der Teilnahme im Bereich der konventionellen politischen Partizipation, also Wahlbeteiligung und aktive Mitarbeit in Parteien, die Qualität und Legitimation der Demokratie in Frage stellt bzw. stellen könnte (z.B. Petring/Merkel 2011; Schäfer 2009). Dass in der repräsentativen Demokratie zwischen einer unterschiedlich starken Wahlbeteiligung und einer politischen (Unter-)Repräsentation bestimmter Gruppenthemen und Gruppeninteressen Zusammenhänge bestehen (können), erscheint auch ohne umfangreiche Forschung plausibel. Die wachsende Ungleichheit in der politischen Teilhabe ist ernst zu nehmen, weil sie Politik- und Demokratiedistanz noch verstärken kann (Bödeker 2011).

Input- oder Output-Legitimation?

Solche Beobachtungen führen zu einem weiteren Schwerpunkt der aktuellen demokratietheoretischen Debatte, nämlich zu der Frage, was heute und in Zukunft demokratische Machtausübung überhaupt noch legitimiert. Zum klassischen Inventar dieser Diskussion gehört heute die in Deutschland vor allem von Fritz W. Scharpf eingeführte Unterscheidung der Input- und der Outputlegitimation. Demokratie ist danach als besonders qualifiziert und legitimiert einzuschätzen, wenn sich viele Bürger daran beteiligen (Input) und wenn die Bürger gleichzeitig den Eindruck haben, dass das System (wirtschaftlich) effizient und gerecht arbeitet (Output) (Klein/Heitmeyer 2011).

Nun gibt es genug aktuelle Beispiele dafür, dass effiziente und stabile politische Systeme nicht unbedingt demokratisch legitimiert sein müssen. Die in der Theorie geforderte Ausgewogenheit von Input- und Output-Legitimation zeigt sich also in der Praxis nur selten. Die oben bereits eingeführte politikwissenschaftliche Frage, mittels welcher institutionellen Verfahren eigentlich das demokratische Prinzip am besten verwirklicht werden kann, stellt sich in einer postdemokratischen Zeit möglicherweise ganz neu. So erwachse der liberalen Demokratie einerseits eine ernstzunehmende Konkurrenz durch die nach westlichen Maßstäben undemokratischen, aber wirtschaftlich erfolgreichen Länder (Zürn 2011, S. 66 nennt z.B. China und Singapur) und andererseits seien postdemokratische Tendenzen durch die zunehmende Verlagerung politischer Entscheidungen auf supranationale Ebenen zu erkennen. Kritiker wie Hauke Brunkhorst sprechen nicht zufällig von „Transnationaler Klassenherrschaft“ und beziehen dabei ausdrücklich international arbeitende nicht-staatliche Lobbygruppen und zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen in die Kritik mit ein (Brunkhorst 2008; vgl. auch Bödeker 2011).

Politik des individuellen Lebensstils

Ein neues und wichtiges Feld der Partizipation stellt die so genannte „Lifestyle Politik“ dar, auch wenn der Begriff so-

wohl in der Jugend- als auch in der politikwissenschaftlichen Partizipationsforschung bereits eine längere Tradition besitzt. Verwiesen sei hier exemplarisch auf die „Shell-Jugendstudien“ oder die Untersuchungen von Gabriel (1986) zur politischen Kultur. Zu diesen neuen, auch als „kreative Partizipation“ (Micheletti/McFarland 2010) bezeichneten Formen individueller Partizipation zählen etwa der „kritische Konsum“ oder „Vegetariertum“. Ganz sicher gehört in dieses Partizipationsfeld auch alles, was unter dem Sammelbegriff „E-Partizipation“ zusammengefasst werden kann (z.B. politisch orientierte Social-Communities, Blogs usw.).

Jan W. van Deth wies unlängst auf die hohe Korrelation zwischen Kontaktaufnahmen zu Politikern und dem so genannten politischen Konsum hin. Für ihn sind kritischer Konsum wie andere individuelle nichtorganisierte Engagementformen deshalb eindeutig Formen politischer Partizipation. Sie seien kein Substitut, sondern eine wichtige Ergänzung im Repertoire politischer Partizipationsformen (van Deth 2010, S. 161). Neue empirische Forschungen aus Belgien zeigen, dass solche Formen individueller (politischer) Partizipation politisches Bewusstsein fördern und zu demokratischer politischer Sozialisation beitragen können (Quintelier/Hooghe 2012).

Demokratietheorie(n) und Politische Bildung

Ziel der politischen Bildung ist der aktive mündige Bürger. Zu Recht hat Herfried Münkler jüngst darauf hingewiesen, dass die Demokratie ein Problem hätte, wenn wachsendes bürgerschaftliches Engagement zulasten einer politisch verstandenen aktiven Bürgerschaft ginge (Münkler 2011, S. 19). Dass es einen solchen Trend tatsächlich gibt, hat der zweite Teil meiner Ausführungen deutlich gemacht.

Die unscharfe Trennung zwischen sozialer und politischer Partizipation bestimmte schon im Kern die Debatte zwischen der so genannten Demokratiepädagogik und der Politikdidaktik. Wenn Sibylle Reinhardt (2009) vermeintlich abschließend deklariert, dass die alte Kontroverse zwischen sozialem Lernen und

politischem Lernen entschieden sei, greift das aber vor dem Hintergrund der Anmerkungen zur Politik des individuellen Lebensstils möglicherweise zu kurz.

Die Politische Bildung kommt deshalb meines Erachtens nicht umhin, sich intensiver mit diesen neuen Formen sowohl des bürgerschaftlichen Engagements als auch der kreativen Partizipation zu beschäftigen. Dabei geht es vor allem um drei Dinge: (1) Auch in Zukunft wird in der Politischen Bildung eine Orientierung an den Teilnehmenden bzw. Schülern/innen unumgänglich sein. Deshalb sind die neuen Partizipationsformen angemessen einzubeziehen. (2) Die Politische Bildung hatte schon immer die Rolle eines Transmissionsriemens, eines Übersetzungshelfers zwischen Bürger und Politik. Diese Funktion kann sie nur dann angemessen wahrnehmen, wenn sie neue politische Entwicklungen und wissenschaftliche Forschung zeitnah aufnimmt. (3) Die Politische Bildung hat die Aufgabe, die Menschen an das Politische im engeren Sinne heranzuführen. Sie sollte also auf die Gefahren eines zunehmend entpolitisierten Engagementbegriffs aufmerksam machen, gleichzeitig aber Wege aufzeigen, wie Menschen ihr soziales Engagement auch politisch reflektieren und danach ggf. durch politische Partizipation ergänzen können. ◆

Literatur

- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Bericht zur Lage und zu den Perspektiven bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Hg: Wissenschaftszentrum für Sozialforschung Berlin (WZB), Berlin 2009.
- Bödeker, S.: Die Soziale Frage der Demokratie. Einkommen und Bildung beeinflussen die Chancen politischer Teilhabe. In: WZB-Mitteilungen 134, Dezember 2011, S. 26–29.
- Brunkhorst, H.: Demokratische Solidarität in der Weltgesellschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 21/2008, S. 3–8.
- Claußen, B.; Noll, A.: Politische Wissenschaft und Politische Bildung, Hamburg 1989.
- van Deth, J. W.: Is Creative Participation Good for Democracy. In: Micheletti, M.; McFarland, A. S. (Hg.): Creative Participation. Responsibility-Taking in the Political World, London 2010, S. 148–72.
- Evers, A.: Der Bezugsrahmen „Zivilgesellschaft“. Unterschiedliche Definitionen und ihre Konsequenzen für Konzepte

- der Engagementforschung. In: Priller, E. u.a. (Hg.): Zivilengagement. Herausforderungen für Gesellschaft, Politik und Wissenschaft, Münster 2011, S. 136–151.
- Gabriel, O. W.: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986.
- Gerlach, I.; Jesse, E.; Kneuer, M.; Werz, N.: Einleitung. In: Dies. (Hg.): Politikwissenschaft in Deutschland, Baden-Baden 2010, S. 7–31.
- Klages, H.: Kommentar zum Bericht zur Lage und zu den Perspektiven des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. In: BBE-Newsletter 17/2009, http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2009/08/nl17_klages.pdf (15.12.2011).
- Klein, A.; Heitmeyer, W.: Demokratieentleerung und Ökonomisierung des Sozialen: Ungleichwertigkeit als Folge verschobener Kontrollbilanzen. In: Leviathan 39 (2011), S. 361–383.
- Klein, A.: Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft. In: Olk, T.; Hartnuß, B. (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim/Basel 2011, S. 29–40.
- Münkler, H.: Aktive Bürgergesellschaft oder bürgerschaftliches Engagement? Über das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Parteiendemokratie. In: Journal für politische Bildung 1 (2011), Heft 1, S. 10–19.
- Olk, T.; Hartnuß, B.: Bürgerschaftliches Engagement. In: Dies. (Hg.): Handbuch Bürgerschaftliches Engagement, Weinheim/Basel 2011, S. 145–171.
- Petring, A./Merkel, W.: Auf dem Weg zur Zweidrittel-demokratie. Wege aus der Partizipationskrise. In: WZB-Mitteilungen 134, Dezember 2011, S. 30–33.
- Quintelier, E.; Hooghe, M.: Political Attitudes and Political Participation: A Panel Study on Socialization and Self-Selection Effects among Late Adolescents. In: International Political Science Review 33 (2012) (i. Ersch.).
- Reinhardt, S.: Ist soziales Lernen auch politisches Lernen? Eine alte Kontroverse scheint entschieden. In: Gesellschaft – Wirtschaft – Politik (GWP) 58 (2009), Heft 1, S. 119–125.
- Roth, R.: Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Hamburg 2011.
- Schäfer, A.: Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet. In: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Hg.): Jahrbuch 2009–2010, Köln 2009, S. 33–38.
- Steinbrecher, M.: Politische Partizipation in Deutschland, Baden-Baden 2009.
- Widmaier, B.: Postdemokratische Politische Bildung – Führt der „engagierte Bürger“ in eine politikdidaktische Sackgasse? In: Praxis Politische Bildung 14 (2010), Heft 4, S. 245–252.
- Zürn, M.: Die Rückkehr der Demokratiefrage. Perspektiven demokratischen Regierens und die Rolle der Politikwissenschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6/2011, S. 63–74.